



Hohe Energiepreise und drohender Wirtschaftskollaps:

Landkreise fordern kraftvolle Entscheidungen für ihre Bürger und Unternehmen

Die elf Landkreise in Sachsen-Anhalt haben im Vorfeld der Konferenz der Ministerpräsidenten mit dem Herrn Bundeskanzler am 28. September 2022 den russischen Angriffskrieg als völkerrechtswidrig verurteilt und ihre Solidarität mit der Ukraine bekräftigt. Um die Auswirkungen des Konflikts für Sachsen-Anhalt zu mindern, haben die Landräte aber deutliche Forderungen an das Treffen formuliert:

„Die Bürger und Unternehmen in unseren Landkreisen stehen zunehmend verzweifelt steigenden Kosten bei Gas und Strom gegenüber, die sie aus eigener Kraft nicht mehr leisten können. Angesichts dieser Situation sehen die Landräte den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung im Land ernsthaft in einer Weise gefährdet, die existenzbedrohend für Staat und Gesellschaft werden kann.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, nicht einzelne Personengruppen und Wirtschaftszweige in den Mittelpunkt ihrer Unterstützungsmaßnahmen zu stellen, sondern kurzfristig ein Gesamtkonzept vorzulegen, das schnell und unbürokratisch zu einer Entlastung der Lage führt:

Das Angebot an Gas und Strom ist für die beiden nächsten Jahre zu vergrößern, in dem alle in Deutschland verfügbaren Energieträger genutzt werden. Die Diskussion hierüber ist zielorientiert und nicht ideologisch gesteuert zu führen. Die Energiewende wird nicht aufgegeben, sondern notwendigerweise verzögert umgesetzt.

Gas- und Strompreise müssen für die Bürger vertretbar, d.h. grundsätzlich aus ihrem eigenen Einkommen ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen bezahlbar sein. Die Wirtschaft darf durch hohe Energiekosten nicht erdrosselt werden, sondern muss unter Nutzung aller Einsparmöglichkeiten für Produktion und Arbeitskräfte verfügbar bleiben. Die deutsche Exportindustrie ist weiterhin am Weltmarkt konkurrenzfähig zu halten.

Diese Ziele sind nur über einen staatlichen Preisdeckel bei Gas und Strom erreichbar.

Städte, Gemeinden und Landkreise müssen gemeinsam mit ihren kommunalen Unternehmen finanziell abgesichert werden, um die örtliche Daseinsvorsorge weiterhin gewährleisten zu können. Die Kommunen und deren Selbstverwaltung jetzt in der Krise zu stärken, ist für die Bürger vor Ort ein sichtbares Zeichen von Entscheidungskraft des Staates.

Alle antragsbezogenen Maßnahmen des Bundes zur Entlastung der Bürger werden vor allem durch die Landkreise umgesetzt. Bei Ausgestaltung und Inkrafttreten dieser Regelungen sind dringend deren begrenzte personellen Ressourcen zu beachten.



Neue Gesetze erfordern in den Kreisverwaltungen einen ausreichenden organisatorischen Vorlauf für eine ordnungsgemäße Erledigung.

Die Herausforderungen der Energiekrise werden bei Bund, Ländern und Kommunen zu neuen Schulden führen. Um hier im Interesse späterer Generationen Maß zu halten, müssen alle kostenintensiven Leistungsgesetze auf den Prüfstand gestellt werden und neue, teure Ideen bis auf weiteres zurückstehen.

Daher lehnen wir die jetzt geplante Einführung eines Bürgergeldes ab. Es ist vielmehr Zeit, demütig die zügige Lösung der größten europäischen Herausforderungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges anzugehen.“

V. i. S. d. P.:

Landkreistag Sachsen-Anhalt, Albrechtstraße 7, 39104 Magdeburg
Geschäftsführer Theel, Telefon: 0391/5653110 u. 0172/3808291
theel@landkreistag-st.de
www.kommunales-st.de